

## **A6 Erinnern - unser Auftrag Demokratie braucht Erinnerung**

Gremium: Martina Neubauer (KV Starnberg), Gabriele  
Triebel (KV Landsberg-Lech)  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Mehr als 70 Jahre nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, den  
2 Gräueltaten der Nazi, gibt es immer weniger Zeitzeug\*innen, die unmittelbar über  
3 ihre schrecklichen Erlebnisse, ihr Schicksal und das Schicksal ihrer Angehörigen  
4 und Freunde berichten können. Wir sind aufgefordert, mit dem Wissen um die  
5 Vergangenheit tragfähige Konzepte der Erinnerung für die Zukunft zu gestalten.  
6 Es geht im darum, die Erinnerungskultur in der Zeit nach der Zeitzeugenschaft so  
7 zu gestalten, dass sie alle Thematiken und vor allem das zivilgesellschaftliche  
8 Engagement unterstützt und weiterentwickelt. Wir erleben in diesen bewegten  
9 Zeiten, wo durch Krisen Verschwörungsmymen und autoritäre Strömungen aufkommen,  
10 wieder so klar wird, dass wir ein Mehr an demokratischer Bildung brauchen. Hier  
11 spielt die Erinnerung an die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte und das  
12 Lernen daraus eine zentrale Rolle. Durch sie lernen wir auch für die Zukunft,  
13 antidemokratische Strömungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu  
14 erkennen und dieser mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.

15 Gerade in der Corona-Pandemie hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, die  
16 Vorkommnisse um die Shoa in einen richtigen Zusammenhang stellen zu können („ich  
17 bin Anne Frank“, Tragen des Judensterns als Impfzeichen).

18 Erinnerungskultur hat in Bayern seit Jahren ihren Platz: unterschiedlichste  
19 Organisationen – von professionellen Strukturen wie der großen Gedenkstätten und  
20 Dokumentationszentren bis zu kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen -  
21 halten die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten aufrecht,  
22 kontextuieren diese und tragen damit zur politischen Bildung, zur Aufklärung und  
23 zur Erinnerung an die Opfer bei.

24 Sowohl der Freistaat, als auch die Bayerischen Bezirke als auch einzelne  
25 Kommunen befassen sich in unterschiedlicher Tiefe ihrer Verantwortung.  
26 Selbstverständlich tun dies auch Religionsgemeinschaften, Vereine,  
27 Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und weitere Institutionen.

28 Die Bayer. Staatsregierung nimmt sich der Erinnerungskultur seit geraumer Zeit

29 an;hauptsächlich in den großen Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und zum Teil  
30 in den Doku-Zentren in Nürnberg und München/Obersalzberg.

31 Die Staatsregierung hat durch einenKabinettsbeschluss im Januar 2020 ein  
32 Gesamtkonzept „Erinnerungskultur Bayern“ verabschiedet. Bis zum heutigen  
33 Zeitpunkt ist dieses Gesamtkonzept nicht einsehbar. Es bestehen keine  
34 schriftlichen Informationen über den thematischen und finanziellen Umfang, über  
35 einen Projektzeitplan und wer dieses Gesamtkonzept mit welcher Intention und  
36 welchem Ziel erstellt hat. Gerade in diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema  
37 besteht keine Transparenz, es wird damit jedem öffentlichen Diskurs und Debatte  
38 entzogen

39 Der Thematik der Krankenmorde/“Euthanasie“ wird in der bayerischen  
40 Erinnerungskultur eine besondere Rolle zugeschrieben. Sie wird ausschließlich  
41 über die Bezirke/Kommunen bearbeitet und gefördert. So hat der Bezirk Oberbayern  
42 gemeinsam mit dem NS-Dokumentationszentrum mit dem Gedenkbuch für die Münchner  
43 Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde den ermordeten Patientinnen  
44 und Patienten mit der Nennung ihrer Namen wieder ein Gesicht gegeben. In einem  
45 zweiten Band soll dies auch für die Opfer der weiteren psychiatrischen  
46 Krankenhäuser in Oberbayern geschehen.

47 Wir Grüne stehen für einen transparenten, demokratischen Prozess, der ein  
48 Gesamtkonzept Erinnerungskultur, das seinen Namen auch verdient, für die  
49 bayerischen Bürger\*innen erstellt.

50 Deswegen halten wir es für absolut erforderlich, dass die staatlich  
51 professionellen Strukturen und die in Bayern tätigen zivilgesellschaftlichen  
52 Initiativen zusammen mit den Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Forschung und  
53 Vermittlung das Gesamtkonzept Erinnerungskultur in einem transparenten und  
54 demokratischen Prozess erstellen. Die Erstellung des Gesamtkonzeptes im  
55 Bundesland Schleswig-Holstein soll dafür als Blaupause dienen.

56 1. Wir unterstützen den Prozess eines institutionalisierten Zusammenschlusses  
57 aller professionalisierten und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese neu  
58 geschaffene Institution soll die Interessen gegenüber Dritten vertreten können.  
59 Sie soll durch den Freistaat finanziell unterstützt werden, um Möglichkeiten zur  
60 Vernetzung und z.B. für Fort- und Weiterbildungen und  
61 Informationsveranstaltungen verfügbar zu haben.

62 2. Wir fordern eine transparente, institutionalisierte finanzielle Förderung für  
63 zivilgesellschaftliche Initiativen jenseits der Bundesprojektförderung durch den  
64 Freistaat. Gerade die zivilgesellschaftlichen Initiativen sind der Garant für  
65 Erinnerungskultur vor Ort, die durch ihre Verbundenheit in die Gesellschaft  
66 hinein die besonderen thematischen und örtlichen Gegebenheiten aufnehmen.

67 3. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, das im Januar 2020 per  
68 Kabinettsbeschluss verabschiedete Gesamtkonzept „Erinnerungskultur Bayern“ zu  
69 veröffentlichen und einen Diskurs zum Prozess zu ermöglichen.

## **Begründung**

Mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Lydia Bauer-Hechler (KV Fürth-Stadt), Anton Speierl (KV Dachau), Eva-Maria Hübner (KV Dachau), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Barbara Holzmann (KV Oberallgäu), Petra Tuttas (KV München), Gabriele Bayer (KV Neumarkt), Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg), Annemarie Probst (KV Augsburg-Land), Antonia Heil (KV Rosenheim), Ferdinand Mann (KV Neumarkt), Martin Züchner (KV München), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Elisabeth Janner (KV Miesbach), Sascha Müller (KV Schwabach), Sanne Kurz (KV München), Constantin Jahn (KV München), Martin Pilgram (KV Starnberg), Peter Klinder (KV Starnberg), Maria Krieger (KV Kelheim), Bernd Firuz Kramer (KV Starnberg), Oliver Strisch (KV Eichstätt), Christian Hartranft (KV München), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Claudia Köhler (KV München-Land), Maria Wißmiller (KV München), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Dardan Kolic (KV München), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Verena Machnik (KV Starnberg), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Marion Lüttig (BV KPV Bayern), Anja Callam (KV München), Mona Fuchs (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Doris Wagner (KV München), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Armin Beck (KV Main-Spessart)